



679 Bericht von Sabine Zinn und Jürgen Schupp

Für immer mehr Menschen reicht das Einkommen nach eigener Einschätzung aus

- Tatsächliche Einkommen stiegen von 2002 bis 2022 stärker als die zum Zurechtkommen benötigten Einkommen
- Anteil der Menschen, deren Einkommen unter ihrem subjektiv notwendigen Einkommen lag, sank von 28 auf 20 Prozent
- Bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden blieb die Einkommenslücke dauerhaft groß

688 Interview mit Sabine Zinn

692 Kommentar von Marcel Fratzscher

Teures Leben, verlorenes Vertrauen

Rentenreformpläne in der Sowjetzone

Rentenempfänger der Renten- und Unfallversicherung				
Empfänger von	Sowj. Bes.-Zone bzw. Ost-Berlin (Dez. 1955)		Bundesrepublik einschl. West-Berlin (Mitte 1955)	
	Fälle in 1000	in vH der Be- völkerung	Fälle in 1000	in vH der Be- völkerung
Versichertenrenten der Rentenversicherung (einschl. Bergmannsrente bzw. Knappschaftsolds)	1 772	10,6	3 594	6,8
Witwenrenten der Renten- und Unfall- versicherung	455	2,7	1 959	3,7
Waisenrenten der Renten- und Unfall- versicherung	283	1,7	1 250	2,4
Verletztenrenten der Unfallversicherung	113	0,7	632	1,2
Elternrenten der Unfallversicherung	0,3	0,0	2	0,0
Halbrenten der Sozialversicherung	296	1,8	·	·
Zwischensumme SBZ	2 919,3	17,5	—	—
Renten der Versiche- rungsanstalt Berlin (Ost)	213,0	17,7	—	—
Mittel- bzw West- deutschland zusammen	3 132,3	17,5	7 487	14,1

© CC BY 4.0

Auch in der SBZ und in Ost-Berlin wird für 1957 eine Rentenreform vorbereitet. Sie soll sich nach amtlichen Aussagen nicht auf eine Erhöhung der Renten beschränken, sondern ein „neues Pensionsrecht, das auf sozialistischen Grundsätzen basiert“, schaffen. Offizielle Stellen bezeichnen das Vorhaben als eine „echte Sozialreform“.

In Mitteldeutschland bezieht zur Zeit nach amtlichen Angaben ein wesentlich größerer Teil der Bevölkerung Renten der Sozial- und der Unfallversicherung, als dies in Westdeutschland der Fall ist. Die Ursachen werden aus der Struktur der Rentenhezüge ersichtlich: Die westdeutschen Rentnerzahlen sind in dieser Übersicht nach dem Schema des „Statistischen Jahrbuchs der DDR“ gegliedert, das in der Sozial- und Unfallversicherung die Witwen- und Waisenrenten nicht trennt; deshalb mußten auch die entsprechenden westdeutschen Zahlen zusammengefaßt werden.

Aus dem Wochenbericht Nr. 44 vom 2. November 1956

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Anton-Wilhelm-Amo-Straße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de
93. Jahrgang 28. Oktober 2026

Herausgeber*innen

Prof. Anna Bindler, Ph.D.; Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler;
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert;
Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky;
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Sabine Zinn

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Dr. Clara Schäper

Redaktion

Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Hanna Kathreen Antony;
Adam Mark Lederer; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

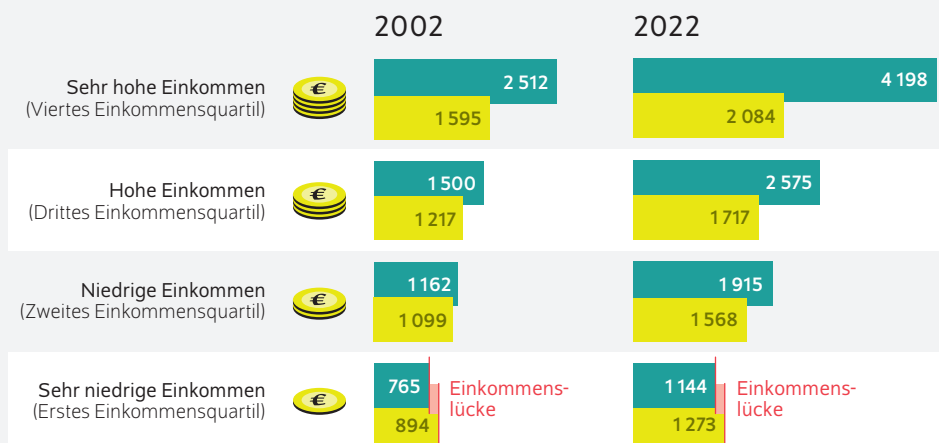
Für immer mehr Menschen reicht das Einkommen nach eigener Einschätzung aus

Von Sabine Zinn und Jürgen Schupp

- SOEP-Daten zeigen, dass die tatsächlichen Einkommen von 2002 bis 2022 stärker stiegen als die zum Zurechtkommen benötigten Einkommen
- Anteil der Menschen mit Einkommenslücke, deren Einkommen also unter dem selbst genannten Mindestbetrag lag, sank von rund 28 auf knapp 20 Prozent
- Die subjektiv notwendigen Einkommen von Frauen und Männern sowie in Ost- und Westdeutschland haben sich weitgehend angeglichen
- Bei Erwerbstätigen mit niedrigen Einkommen nahm die subjektive Einkommenslücke nach 2012 deutlich ab
- Bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden bleibt die Einkommenslücke dagegen dauerhaft groß und hat sich zuletzt eher vergrößert

Die tatsächlichen Einkommen sind stärker gestiegen als die subjektiv notwendigen, doch bei sehr niedrigen Einkommen besteht weiterhin eine Lücke

Äquivalenzeinkommen in Euro



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), gewichtet.

© CC BY 4.0, creativecommons.org/licenses/by/4.0

ZITAT

„Unsere Ergebnisse zeigen eine erfreuliche Entwicklung: Zwischen 2002 und 2022 konnten immer mehr Menschen in Deutschland ihr subjektiv notwendiges Mindesteinkommen decken. Bei vielen Sozialleistungsbeziehenden bleibt dagegen eine erhebliche Einkommenslücke bestehen.“

— Sabine Zinn —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Sabine Zinn
www.diw.de/mediathek

Für immer mehr Menschen reicht das Einkommen nach eigener Einschätzung aus

Von Sabine Zinn und Jürgen Schupp

ABSTRACT

Die Regelsätze der Grundsicherung werden derzeit neu berechnet. Damit stellt sich die Frage, wie viel Einkommen Menschen selbst für notwendig halten, um zurechtzukommen. Auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) untersucht der Bericht, wie sich das tatsächliche und das subjektiv notwendige Einkommen von 2002 bis 2022 entwickelt haben. Die tatsächlichen Einkommen sind deutlich stärker gestiegen als die als notwendig angesehenen Einkommen. Gleichzeitig sank der Anteil der Personen, deren tatsächliches Einkommen unter dem selbst angegebenen notwendigen Einkommen liegt, von rund 28 auf 20 Prozent. Besonders groß bleibt die Einkommenslücke bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden. Bei Erwerbstätigen im unteren Einkommensbereich hat sie seit 2012 dagegen deutlich abgenommen. Auch die subjektiv notwendigen Haushaltseinkommen von Frauen und Männern sowie in Ost- und Westdeutschland haben sich im Zeitverlauf stark angenähert. Die positive Entwicklung bei Erwerbstätigen mit niedrigen Einkommen könnte auch auf den Mindestlohn zurückzuführen sein. Bei der Neuermittlung der Regelbedarfe sollten mögliche Versorgungslücken im Blick behalten werden. Denn substanzieller materieller Mangel kann langfristig gesundheitliche und gesellschaftliche Folgekosten verursachen.

Die Regelsätze der Grundsicherung werden derzeit neu berechnet. Alleinstehende erhalten bisher einschließlich der Kosten für Unterkunft und Heizung knapp 1000 Euro Grundsicherung im Monat.¹ Politisch diskutiert wird, welche Ausgaben das sozialrechtliche Existenzminimum umfassen soll und ob die Regelsätze gekürzt oder angehoben werden sollen. Der vorliegende Bericht untersucht die Perspektive der Menschen selbst: Wie viel Einkommen brauchen sie aus eigener Sicht mindestens, um zurechtzukommen?

Dass die persönliche Einschätzung von politisch oder administrativ festgelegten Einkommensgrenzen abweichen kann, zeigt eine SOEP-Befragung aus dem Herbst 2025. Die Mehrheit der Bevölkerung hält demnach ein Nettoäquivalenzeinkommen von mehr als 2000 Euro für erforderlich, um ein würdevolles Leben führen zu können.² Unterhalb dieser Schwelle stimmen rund zwei Drittel der Befragten nicht der Aussage zu, dass ihr Einkommen dafür ausreicht.³ Die Frage nach einem würdevollen Leben stellt dabei auf einen gesellschaftlich angemessenen Lebensstandard ab, während die im vorliegenden Bericht untersuchte Frage darauf abzielt, welches Einkommen ein Haushalt mindestens zum Zurechtkommen benötigt. Beide geben jedoch Aufschluss darüber, wie Menschen ihren finanziellen Bedarf beurteilen.

Solche subjektiven Einschätzungen ergänzen in der Armuts- und Sozialberichterstattung seit Langem objektive Einkommensmaße.⁴ Liegt das tatsächlich verfügbare Einkommen unter dem Betrag, den ein Haushalt für notwendig hält,

¹ Seit Juli 2026 erfolgte die Umstellung sowie Umbenennung der früheren Geldleistung „Bürgergeld“ in das künftige „Grundsicherungsgeld“. Der Betrag wurde seit 2024 nicht mehr erhöht und die Höhe des Regelbedarfs für 2027 steht derzeit noch nicht verbindlich fest. Vgl. Informationen auf der Website des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS; online verfügbar, abgerufen am 7. Oktober 2026. Dies gilt auch für alle anderen Onlinequellen).

² Siehe auch den Eintrag zum Äquivalenzeinkommen im DIW Glossar (online verfügbar).

³ Vgl. Jürgen Schupp und Sabine Zinn (2026): Mehrheit sieht würdevolles Leben erst oberhalb von 2 000 Euro netto – und damit klar über dem staatlichen Existenzminimum. DIW aktuell 118 (online verfügbar).

⁴ Martin Lačný (2020): Approaches to subjective poverty in economic and sociological research. Human Affairs, 30(3), 413–427. Siehe auch den Eintrag zu Armut im DIW Glossar (online verfügbar).

weist dies auf subjektive Einkommensarmut hin.⁵ Eine solche Selbsteinschätzung wird zwar nicht als Grundlage für die Gewährung sozialstaatlicher Leistungen herangezogen, hat aber einen wichtigen Vorteil: Sie berücksichtigt, dass sich finanzielle Bedürfnisse je nach Lebenssituation unterscheiden können.

Was als notwendig erachtet wird, hängt auch davon ab, womit Menschen ihre Situation vergleichen

Bereits Studien in den 1970er Jahren stellten fest, dass Menschen mit höherem Einkommen im Durchschnitt zufriedener sind, steigender gesellschaftlicher Wohlstand aber nicht zwangsläufig im gleichen Maße mit wachsendem subjektivem Wohlbefinden einhergeht.⁶ Auch Analysen mit SOEP-Daten zeigen, dass sich objektive materielle Lebensbedingungen und subjektive Bewertungen nicht notwendigerweise parallel entwickeln.⁷ Menschen bewerten ihre finanzielle Situation nicht allein danach, wie viel Geld ihnen zur Verfügung steht. Entscheidend kann auch sein, welchen Lebensstandard sie gewohnt sind, wie Menschen in ihrem sozialen Umfeld leben und was sie selbst als normalen oder angemessenen Lebensstandard ansehen und mit welchen sozialen Gruppen man sich individuell vergleicht.⁸

Damit kann sich auch die Vorstellung davon verändern, wie viel Einkommen zum Leben notwendig ist. Steigt das tatsächliche Einkommen, kann zugleich der Betrag steigen, den Menschen für notwendig halten. Internationale Studien, in denen Menschen nach dem Einkommen gefragt werden, das sie für ihren Haushalt mindestens benötigen, zeigen, dass dieser Betrag sowohl mit dem eigenen Einkommen als auch mit dem Einkommen von Vergleichsgruppen steigt.⁹ Umgekehrt können Menschen ihre Vorstellungen davon, was sie benötigen, an dauerhaft begrenzte finanzielle Möglichkeiten anpassen. Ein niedrig angegebenes notwendiges Einkommen muss damit nicht zwangsläufig heißen, dass der objektive materielle Bedarf gering ist. Das subjektiv notwendige Einkommen kann auch widerspiegeln, über welche weiteren finanziellen Ressourcen oder Rücklagen ein Haushalt verfügt und welchen Lebensstandard er als notwendig ansieht. Wer beispielsweise auf Vermögen

zurückgreifen kann, benötigt möglicherweise weniger laufendes Einkommen.

Die Forschung bezeichnet die Differenz zwischen tatsächlichem und als notwendig angesehenem Einkommen als „aspiration gap“ oder Anspruchslücke. Neuere Analysen auf Basis von EU-SILC, einer EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen, zeigen: Eine größere solche Lücke geht mit geringerer Lebenszufriedenheit einher.¹⁰

SOEP-Daten zeigen über 20 Jahre, wie sich Einkommen und subjektiver Einkommensbedarf entwickeln

Für Deutschland lässt sich die Frage zum subjektiven Einkommensbedarf bislang nur selten über einen längeren Zeitraum untersuchen. Zwar liegen regelmäßig Informationen zur Einkommenszufriedenheit vor,¹¹ und auch Fragen nach gerechten Einkommen oder einem angemessenen Lebensstandard wurden wissenschaftlich untersucht.¹² Wiederholte repräsentative Befragungen dazu, welches Einkommen Menschen für ihren eigenen Haushalt als notwendig ansehen, sind dagegen selten.

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) bietet hierfür eine besondere Datengrundlage. Seit 2002 wurden Erwachsene in Deutschland alle fünf Jahre gefragt, wie hoch das monatliche Haushaltsnettoeinkommen mindestens sein müsste, damit ihr Haushalt zurechtkommt. Für die Jahre 2002, 2007, 2012, 2017 und 2022 liegen somit vergleichbare Angaben vor.

Für die Analyse werden das tatsächliche und das subjektiv notwendige Haushaltsnettoeinkommen nach demselben Äquivalenzprinzip an Größe und Zusammensetzung des Haushalts angepasst. Beide werden als nominale monatliche Nettoäquivalenzeinkommen auf Personenebene betrachtet (Kasten). Damit kann untersucht werden, wie sich das tatsächliche und das subjektiv notwendige Einkommen sowie ihr Abstand über 20 Jahre entwickelt haben. Zudem werden Unterschiede zwischen Einkommensgruppen und sozialen Lebenslagen betrachtet. Die Ergebnisse zeigen, wie eng das subjektiv notwendige Einkommen mit dem eigenen Lebensstandard, sozialen Vergleichsmaßstäben und dauerhaft begrenzten finanziellen Möglichkeiten zusammenhängt.

⁵ Vgl. zu einem Überblick zu unterschiedlichen Operationalisierungskonzepten etwa Nadine Seddig, Gerda Holz und Benjamin Landes (2017): Die subjektive Wahrnehmung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Stand der Forschung und Perspektiven für vertiefende Erhebungen. FGW-Impuls Vorbeugende Sozialpolitik, 4 (online verfügbar).

⁶ Richard A. Easterlin (1974): Does Economic Growth Improve the Human Lot? In: Paul A. David und Melvin W. Reder (Hrsg.): Nations and Households in Economic Growth: Essays in Honor of Moses Abramovitz, New York, 89–125.

⁷ Markus M. Grabka und Jürgen Schupp (2017): Geht's uns wirklich so gut? Lebensqualität ist mehr als nur subjektive oder objektive Lebenslage. Wirtschaftsdienst, 97(6), 448–450 (online verfügbar).

⁸ Simone Schneider und Jürgen Schupp (2014): Individual Differences in Social Comparison and its Consequences for Life Satisfaction. Introducing a Short Scale of the Iowa-Netherlands Comparison Orientation Measure. Social Indicators Research, 115(2), 767–789.

⁹ Alois Stutzer (2004): The Role of Income Aspirations in Individual Happiness. Journal of Economic Behavior and Organization, 54(1), 89–109 (online verfügbar); John B. Knight und Ramani Gunatilaka (2012): Income, Aspirations and the Hedonic Treadmill in a Poor Society. Journal of Economic Behavior and Organization, 82(1), 67–81 (online verfügbar).

¹⁰ Vgl. etwa Boris Marton, Jason Wei Jian Ng und Tomáš Želinský (2026): The Role of Aspiration Gap and Affect in Shaping Life Satisfaction. Social Indicators Research, 181(68) (online verfügbar).

¹¹ Theresa Iglaue, Jürgen Schupp und Maximilian Priem (2021): Subjektives Wohlbefinden und Sorgen. In: Statistisches Bundesamt et al. (Hrsg.): Datenreport 2021, 410–420 (online verfügbar).

¹² Stefan Liebig, Carsten Sauer und Jürgen Schupp (2011): Die wahrgenommene Gerechtigkeit des eigenen Erwerbseinkommens: Geschlechtstypische Muster und die Bedeutung des Haushaltskontextes. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 63(1), 33–59 (online verfügbar); Jule Adriaans und Stefan Liebig (2024): Einkommensgerechtigkeit in Deutschland und Europa. In: Statistisches Bundesamt et al. (Hrsg.): Sozialbericht 2024. Ein Datenreport für Deutschland, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, 261–267.

Kasten

Erfassung des subjektiv notwendigen Einkommens

Seit Studienbeginn wird den Befragten im Abstand von fünf Jahren dieselbe Frage zum subjektiv notwendigen Haushaltseinkommen gestellt:

„Welches Haushaltseinkommen würden Sie persönlich – unter Ihren Lebensumständen – als das notwendige Mindesteinkommen betrachten? Gemeint ist der monatliche Nettobetrag, den Ihr Haushalt unbedingt braucht, um zurechtzukommen?“

Die Befragten können einen Betrag in Euro angeben oder mit „weiß nicht“ antworten beziehungsweise keine Angabe zur Höhe machen. Für die Analysen stehen Messungen aus den Jahren 2002, 2007, 2012, 2017 und 2022 zur Verfügung. Nicht für alle Befragten liegt eine Angabe zum subjektiv notwendigen Einkommen vor. Der Anteil ohne Angabe liegt je nach Erhebungsjahr zwischen 14,5 und 24,5 Prozent. Ein Großteil der fehlenden Angaben entsteht dadurch, dass die Frage in den Geflüchtetenstichproben nicht gestellt wurde. Hinzu kommen Befragte, die mit „weiß nicht“ antworteten oder keinen Betrag nannten. Zum Vergleich ist der Anteil fehlender Angaben beim tatsächlichen Haushaltsnettoeinkommen mit 5,6 bis 8,2 Prozent deutlich geringer. Personen mit fehlenden Werten bei einer der beiden Einkommensangaben werden aus den Analysen ausgeschlossen.

Fallzahlen

In die Analysen gehen ausschließlich Personen mit gültigen Angaben zu den jeweils betrachteten Variablen ein. Die Zahl der berücksichtigten Beobachtungen in Form realisierter Personeninterviews beträgt 17 043 im Jahr 2002, 15 776 im Jahr 2007, 20 363 im Jahr 2012, 22 011 im Jahr 2017 und 20 530 im Jahr 2022.

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen

Für den Vergleich werden zwei Einkommensgrößen betrachtet. Das tatsächliche Einkommen basiert auf dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Das subjektiv notwendige Einkommen beruht auf der Angabe der Befragten, wie hoch das monatliche Haushaltsnettoeinkommen mindestens sein müsste, damit ihr

Haushalt zurechtkommt. Da sich beide Angaben zunächst auf den gesamten Haushalt beziehen, werden sie nach demselben Äquivalenzprinzip an die Haushaltsgröße angepasst. Dazu wird das jeweilige Haushaltseinkommen durch die Quadratwurzel der Anzahl der Haushaltsmitglieder geteilt. Diese in der internationalen Einkommensforschung etablierte Äquivalenzskala berücksichtigt Einsparungen durch gemeinsames Wirtschaften im Haushalt und ermöglicht die Vergleichbarkeit mit Studien, die denselben Ansatz verwenden.¹ Auf diese Weise entstehen ein tatsächliches und ein subjektiv notwendiges Äquivalenzeinkommen, die auf Personenebene miteinander verglichen werden können. Damit wird berücksichtigt, dass größere Haushalte aufgrund gemeinsam genutzter Ressourcen nicht proportional zur Zahl ihrer Mitglieder ein höheres Einkommen benötigen. Beide Einkommensgrößen werden nominal, also in den Preisen des jeweiligen Erhebungsjahres, betrachtet. Würde nur das tatsächliche Haushaltseinkommen um die Inflation bereinigt, das gleichzeitig erfragte subjektiv notwendige Einkommen dagegen nicht, würden die beiden Größen nicht mehr auf derselben zeitbezogenen monetären Skala verglichen. Eine Deflationierung auch des subjektiv notwendigen Einkommens würde wiederum unterstellen, dass sich dessen Kaufkraftentwicklung vollständig durch die amtlich gemessene Inflation abbilden lässt. Gerade bei einer subjektiven Einschätzung ist dies nicht selbstverständlich: Die individuell wahrgenommene Inflation kann von der amtlich gemessenen Inflation abweichen und sich zwischen Personen unterscheiden.² Daher werden beide Einkommen in nominalen Werten desselben Erhebungsjahres miteinander verglichen. So können sich die jeweiligen Preisverhältnisse und deren Wahrnehmung unmittelbar in der Angabe widerspiegeln, welches Einkommen die Befragten zu diesem Zeitpunkt für notwendig halten. Bei Vergleichen über die Zeit beziehen sich Veränderungen der beiden Einkommensgrößen entsprechend auf nominale Werte.

¹ OECD (2013): OECD framework for statistics on the distribution of household income, consumption and wealth (online verfügbar).

² Hans Wolfgang Brächinger (2008): A new index of perceived inflation: Assumptions, method, and application to Germany. *Journal of Economic Psychology*, 29(4), 433–457. Sarah M. Lein und Thomas Maag (2011): The formation of inflation perceptions: Some empirical facts for European countries. *Scottish Journal of Political Economy*, 58(2), 155–188.

Tatsächliches Einkommen ist stärker gestiegen als das subjektiv notwendige Einkommen

Im Jahr 2002 lag das tatsächliche monatliche Nettoäquivalenzeinkommen durchschnittlich bei 1468 Euro und das von den Befragten für ihren Haushalt als notwendig angesehene Einkommen bei 1194 Euro (Abbildung 1). Bis 2022 stieg das tatsächliche Einkommen nominal auf 2457 Euro und das subjektiv notwendige Einkommen auf 1661 Euro. Damit erhöhte sich das tatsächliche Einkommen innerhalb von 20 Jahren nominal um rund 67 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen dagegen um rund 39 Prozent. Dabei stieg das subjektiv notwendige Einkommen in jedem

der betrachteten Fünfjahreszeiträume. Seit 2007 fiel sein Anstieg jedoch jeweils geringer aus als der des tatsächlichen Einkommens. Besonders deutlich war der Unterschied zwischen 2012 und 2017: Das tatsächliche Einkommen erhöhte sich gegenüber der vorherigen Erhebung um rund 18 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen um knapp sieben Prozent.

Gleichzeitig nahm der Anteil der Menschen ab, deren tatsächliches Einkommen unter dem von ihnen selbst als notwendig angesehenen Einkommen lag (Abbildung 2). Im Jahr 2002 traf dies auf 28,3 Prozent zu. 2007 waren es 27,3 Prozent und 2012 27,9 Prozent; anschließend sank der Anteil

auf 22,1 Prozent im Jahr 2017 und 19,8 Prozent im Jahr 2022. Mit anderen Worten lag 2022 noch für etwa ein Fünftel aller Erwachsenen in Deutschland das tatsächliche Einkommen unter dem als notwendig erachteten Einkommen. Zugleich vergrößerte sich die Einkommenslücke dieser Personen deutlich: Während das tatsächliche Einkommen der Betroffenen 2002 im Median 173 Euro unter dem als notwendig erachteten Einkommen lag, waren es 2022 bereits 577 Euro.

Subjektiv notwendige Einkommen in Ost und West liegen 2022 nahezu gleichauf

In Ostdeutschland lag das tatsächliche Einkommen 2002 im Schnitt bei 1238 Euro und damit deutlich unter dem westdeutschen Wert von 1527 Euro (Abbildung 3). Auch beim subjektiv notwendigen Einkommen bestand ein Unterschied, dieser war mit 1158 Euro gegenüber 1203 Euro etwas geringer. Bis 2022 stieg das tatsächliche Einkommen im Osten nominal um rund 72 Prozent, im Westen um rund 65 Prozent. Beim subjektiv notwendigen Einkommen war der Anstieg im Osten mit rund 42 Prozent stärker als im Westen mit rund 38 Prozent. 2022 lagen die subjektiv notwendigen Einkommen mit 1639 Euro im Osten und 1665 Euro im Westen nahezu auf demselben Niveau, während beim tatsächlichen Einkommen weiterhin ein deutlicher Unterschied bestand.

Beim subjektiv notwendigen Einkommen sind die Geschlechterunterschiede bis 2022 nahezu verschwunden

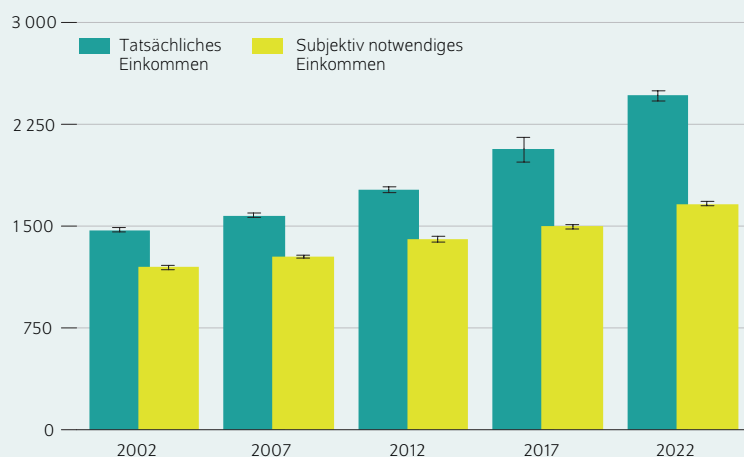
Auch zwischen Frauen und Männern entwickeln sich tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen unterschiedlich. Bei Frauen stieg das tatsächliche monatliche Durchschnittseinkommen zwischen 2002 und 2022 nominal um rund 65 Prozent, bei Männern um rund 70 Prozent (Abbildung 4). Das subjektiv notwendige Einkommen nahm bei Frauen dagegen um rund 43 Prozent zu, bei Männern um rund 35 Prozent. 2002 lag das von Frauen angegebene notwendige Einkommen noch um 78 Euro unter dem der Männer. 2022 betrug der Unterschied nur noch zwölf Euro. Beim tatsächlichen Einkommen bestand dagegen weiterhin ein deutlicher Unterschied, im Schnitt 2 330 Euro bei Frauen und 2 589 Euro bei Männern.

Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass sich die Einkommensangaben auf den Haushalt beziehen und anschließend auf die einzelnen Haushaltsmitglieder umgerechnet werden. Frauen und Männer, die im selben Haushalt leben, haben daher dasselbe tatsächliche Äquivalenzeinkommen. Die ausgewiesenen Geschlechterunterschiede beim tatsächlichen Einkommen spiegeln somit Unterschiede in den Einkommensverhältnissen der Haushalte wider, in denen Frauen beziehungsweise Männer leben, und nicht unmittelbar Unterschiede zwischen individuellen Erwerbseinkommen. Beim subjektiv notwendigen Einkommen können darüber hinaus unterschiedliche Einschätzungen des finanziellen Bedarfs innerhalb desselben Haushalts eine Rolle spielen.

Abbildung 1

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen

Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro



Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

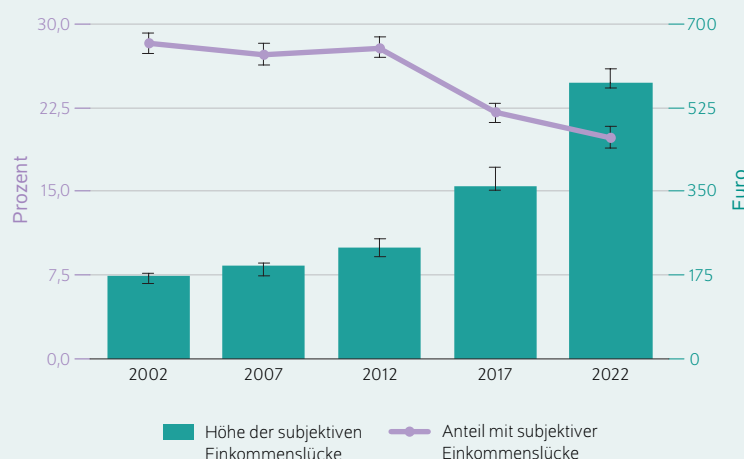
© CC BY 4.0

Zwischen 2002 und 2022 ist das tatsächliche Einkommen deutlich stärker gestiegen als das Einkommen, das die Befragten für notwendig halten.

Abbildung 2

Anteil der Personen mit subjektiver Einkommenslücke und durchschnittliche Höhe ihrer Lücke

Anteil in Prozent (Linie, linke Achse); mittlere Einkommenslücke in Euro (Balken, rechte Achse)



Anmerkung: Eine subjektive Einkommenslücke liegt vor, wenn das tatsächliche Einkommen niedriger ist als das Einkommen, das der Haushalt nach eigener Einschätzung mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

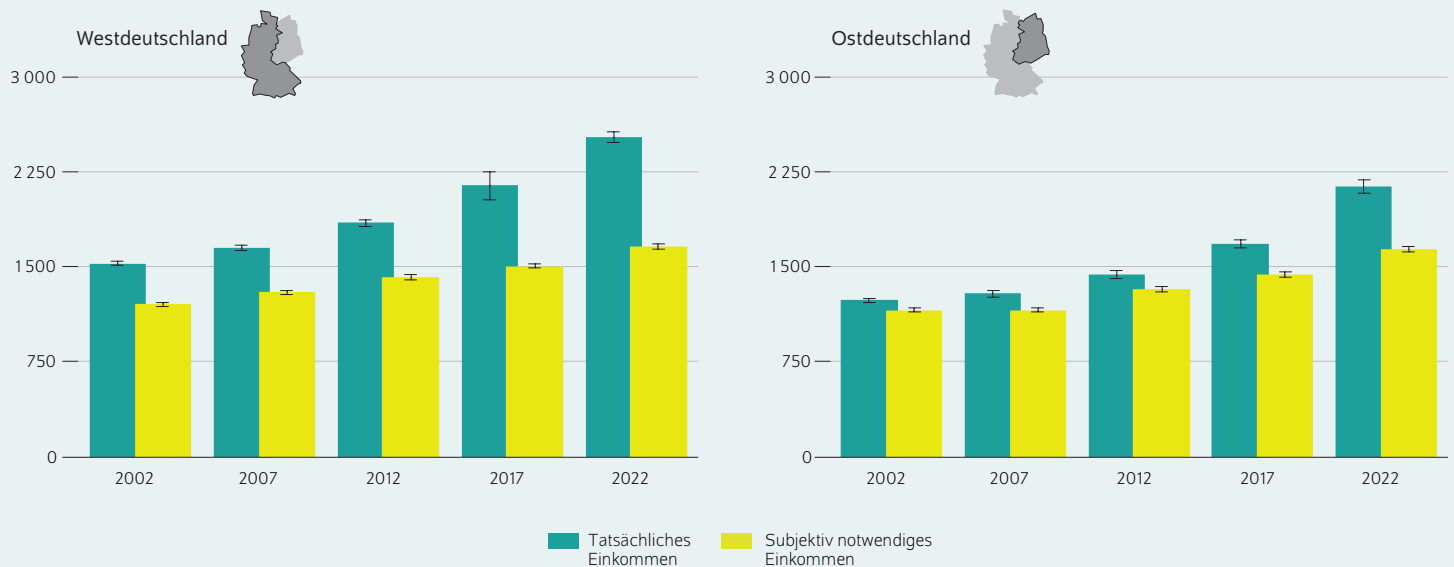
© CC BY 4.0

Weniger Menschen haben eine Einkommenslücke, also weniger Einkommen, als sie selbst für notwendig halten; doch bei Betroffenen ist die Lücke größer geworden.

Abbildung 3

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen in Ost- und Westdeutschland

Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro



Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

© CC BY 4.0

Die subjektiv notwendigen Einkommen in West- und Ostdeutschland haben sich weitgehend angeglichen, die tatsächlichen Einkommen unterscheiden sich weiterhin.

Je höher das Einkommen, desto größer der Abstand zum subjektiv notwendigen Einkommen

Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich nach der Position in der Einkommensverteilung. Dafür werden die Personen entsprechend ihrem Einkommen in jedem Jahr in vier gleich große Gruppen (Quartile) eingeteilt. Im untersten Quartil, also im Viertel mit den geringsten Einkommen, stieg das tatsächliche Einkommen von 2002 bis 2022 nominal um rund 50 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen um rund 42 Prozent. Dabei lag das durchschnittliche subjektiv notwendige Einkommen in allen fünf Beobachtungsjahren über dem tatsächlichen Einkommen. 2002 standen 765 Euro tatsächlichem Einkommen 894 Euro subjektiv notwendiges Einkommen gegenüber; 2022 waren es 1144 Euro gegenüber 1273 Euro (Abbildung 5).

Bereits im zweiten Einkommensquartil zeigt sich ein anderes Muster. Hier stieg das tatsächliche Einkommen über die 20 Jahre um rund 65 Prozent, das subjektiv notwendige Einkommen dagegen lediglich um rund 43 Prozent. Im dritten Quartil waren es 72 gegenüber 41 Prozent, im obersten Quartil 67 gegenüber 31 Prozent. Mit steigender Position in der Einkommensverteilung entwickeln sich also tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen langfristig immer stärker auseinander. Gleichzeitig steigt erwartungsgemäß auch das subjektiv notwendige Einkommen mit der Einkommensposition: Personen in höheren Einkommensgruppen

erachten im Durchschnitt höhere Beträge als notwendig als Personen in niedrigeren Einkommensgruppen.

Innerhalb des untersten Einkommensquartils zeigen sich zudem Unterschiede zwischen Erwerbstätigen und arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden (Abbildung 6). So lag das tatsächliche Einkommen der Erwerbstätigen in den Jahren 2002, 2007 und 2012 noch deutlich unter dem subjektiv notwendigen Einkommen. In den Jahren 2017 und 2022 bestand dagegen im Mittel keine solche Einkommenslücke. Gleichzeitig sinkt der Anteil der Erwerbstätigen im unteren Einkommensquartil, deren aktuelles Einkommen unter dem liegt, was sie als notwendig erachteten: von 62,8 Prozent im Jahr 2012 auf 49,9 Prozent im Jahr 2017 und 48,1 Prozent im Jahr 2022. Diese deutliche Veränderung fällt in den Zeitraum, in dem 2015 der gesetzliche Mindestlohn eingeführt wurde. Das deutet darauf hin, dass der Mindestlohn dort Wirkung entfaltet hat, wo er politisch ansetzen sollte: bei Menschen mit niedrigen Erwerbseinkommen.¹³

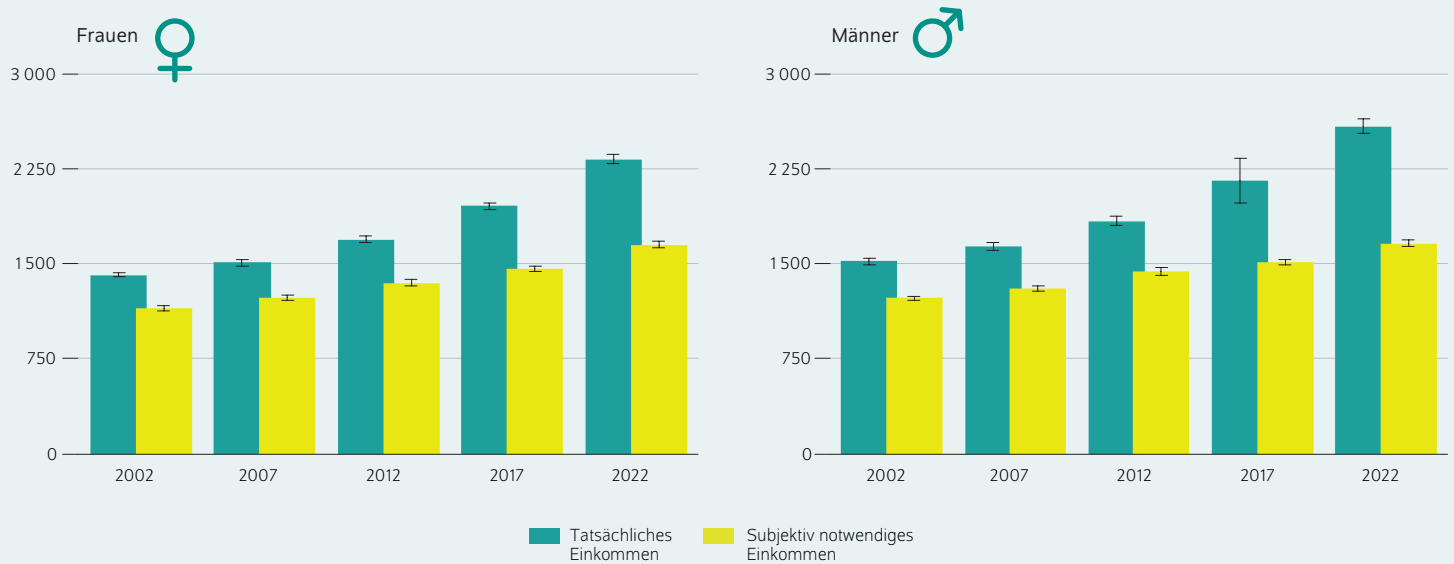
Bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden ist eine entsprechende Entwicklung nicht zu beobachten. Ihre mittlere Einkommenslücke bleibt über den gesamten Zeitraum

¹³ Vgl. hierzu die SOEP-basierten Analysen zu den Folgen der Mindestlohnenerhöhung: Patrick Burauel et al. (2017): Mindestlohn noch längst nicht für alle – Zur Entlohnung anspruchsberechtigter Erwerbstätiger vor und nach der Mindestlohnreform aus der Perspektive Beschäftigte. DIW Wochenbericht Nr. 49, 1109–1123 (online verfügbar).

Abbildung 4

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen von Frauen und Männern

Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro



Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

© CC BY 4.0

Frauen und Männer nennen ähnlich hohe Beträge, die ihr Haushalt zum Zurecht kommen benötigt, verfügen aber weiterhin über unterschiedlich hohe Einkommen.

deutlich negativ und liegt zwischen 156 und 227 Euro. Auch der Anteil derjenigen, deren Einkommen unter dem subjektiv notwendigen Niveau liegt, verändert sich kaum. Er beträgt in allen betrachteten Jahren rund 72 bis 75 Prozent (Abbildung 6). Im Jahr 2022 haben 74,4 Prozent der arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden eine subjektive Einkommenslücke. Unter den Erwerbstätigen im unteren Einkommensquartil sind es 48,1 Prozent und damit gut 26 Prozentpunkte weniger.

Fazit: Zwischen 2002 und 2022 gaben immer mehr Menschen an, mit ihrem Einkommen gut zurechtzukommen

Über die vergangenen zwei Jahrzehnte hat sich die subjektiv wahrgenommene Einkommenssituation insgesamt verbessert. Die tatsächlichen Einkommen sind stärker gestiegen als die Einkommen, die Menschen für notwendig erachten. Zugleich ist der Anteil der Menschen, deren tatsächliches Einkommen unter dem subjektiv notwendigen Einkommen liegt, von 28 Prozent im Jahr 2002 auf rund 20 Prozent im Jahr 2022 gesunken. Nach diesem subjektiven Maß hat die Einkommensarmut abgenommen.

Dieser Befund ergänzt die klassische relative Armutsmessung um eine andere Perspektive. Die Armutsrisikoquote ist langfristig gestiegen und stagniert seit 2019 bei rund

17 Prozent.¹⁴ Die relative Position einkommensarmer Menschen innerhalb der Einkommensverteilung hat sich damit langfristig nicht entsprechend verbessert. Gleichzeitig reicht das vorhandene Einkommen für einen wachsenden Teil der Bevölkerung aus, um zumindest das Einkommensniveau zu erreichen, das sie selbst für notwendig halten. Relative und subjektive Einkommensarmut haben sich damit teilweise auseinanderentwickelt.

Unterschiede beim subjektiv notwendigen Einkommen zwischen Frauen und Männern sowie zwischen Ost- und Westdeutschland sind weitgehend verschwunden, obwohl bei den tatsächlich verfügbaren Einkommen weiterhin deutliche Unterschiede bestehen. Bestehende Einkommensunterschiede schlagen sich also nicht mehr in unterschiedlichen Vorstellungen darüber nieder, was man zum Leben benötigt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Angaben auf Haushaltseinkommen beziehen und die beobachteten Unterschiede daher nicht unmittelbar individuelle Einkommensunterschiede widerspiegeln.

Auch bei Erwerbstätigen im unteren Einkommensbereich hat die subjektive Einkommenslücke abgenommen. Nach 2012 verbesserte sich ihre Position gegenüber dem subjektiv notwendigen Einkommen deutlich. Diese Entwicklung fällt

¹⁴ Markus M. Grabka (2025): Armutsrisiko stagniert, ist aber bei Menschen mit Migrationshintergrund und Erwerbslosen weiterhin hoch. DIW Wochenbericht Nr. 42, 663–671 (online verfügbar).

Abbildung 5

Tatsächliches und subjektiv notwendiges Einkommen nach Einkommensquartilen

Durchschnittliches monatliches Nettoäquivalenzeinkommen in Euro



Anmerkung: Erfragt wurde, welches monatliche Nettoeinkommen der eigene Haushalt mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Einkommensquartile teilen die Bevölkerung nach der Einkommenshöhe in vier gleich große Gruppen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

© CC BY 4.0

Mit steigender Einkommensposition wächst der Abstand zwischen dem tatsächlichen und dem subjektiv notwendigen Einkommen.

in die Zeit nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns im Jahr 2015 und ist mit der Annahme vereinbar, dass der Mindestlohn zur Verbesserung der tatsächlichen und subjektiv wahrgenommenen Einkommenssituation von Erwerbstätigen mit niedrigem Einkommen beigetragen haben könnte. Dazu passt, dass auch die Lohnungleichheit und die Niedriglohnquote in Deutschland deutlich zurückgegangen sind. Die Niedriglohnquote erreichte 2024 mit 15,9 Prozent einen neuen Tiefstand.

Die insgesamt positive Entwicklung erreicht jedoch nicht alle Bevölkerungsgruppen. Besonders deutlich wird dies bei Erwerbslosen. Ihre Niedrigeinkommensquote ist zwischen

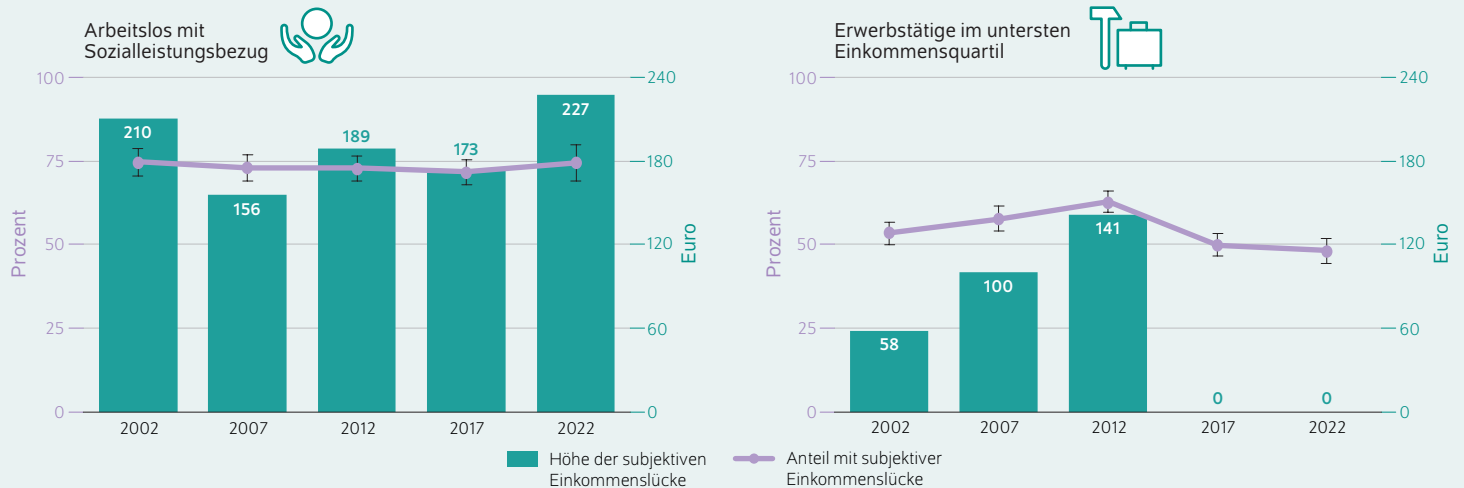
2010 und 2022 von 54,9 auf 71,4 Prozent gestiegen. Die vorliegenden Ergebnisse ergänzen diesen Befund um die subjektive Perspektive: Bei erwerbslosen Sozialleistungsbeziehenden liegt das tatsächliche Einkommen dauerhaft unter dem Betrag, den sie selbst für notwendig halten. Zuletzt hat sich diese Einkommenslücke eher vergrößert. Bei Erwerbslosen weisen relative und subjektive Armutsmessung damit in dieselbe Richtung. Dies verdeutlicht die besonders schwierige materielle Situation von Erwerbslosen, ohne dass sich über den Beobachtungszeitraum eine nachhaltige Veränderung erkennen lässt.

Dieser Befund ist auch mit Blick auf die weitere Ausgestaltung der Grundsicherung relevant. Die anstehende

Abbildung 6

Anteil der Personen mit subjektiver Einkommenslücke und durchschnittliche Höhe ihrer Lücke nach Erwerbsstatus

Anteil in Prozent (Linie, rechte Achse); mittlere Einkommenslücke in Euro (Balken, linke Achse)



Anmerkung: Eine subjektive Einkommenslücke liegt vor, wenn das tatsächliche Einkommen niedriger ist als das Einkommen, das der Haushalt nach eigener Einschätzung mindestens benötigt, um zurechtzukommen. Die vertikalen Linien zeigen die 95-Prozent-Konfidenzintervalle, die den tatsächlichen Wert mit einer statistischen Sicherheit von 95 Prozent abdecken.

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), Daten gewichtet.

© CC BY 4.0

Arbeitslose Sozialleistungsbeziehende haben häufiger und größere Einkommenslücken als Erwerbstätige mit niedrigen Einkommen.

Neuermittlung der Regelbedarfe auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2023 bietet die Gelegenheit zu prüfen, inwieweit die Leistungen mit der Entwicklung der Bedarfe Schritt halten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Daten des Wochenberichts nur bis 2022 reichen. Sie bilden daher die Auswirkungen der anschließenden starken Preissteigerungen auf die tatsächlichen Einkommen und die subjektiven Vorstellungen darüber, welches Einkommen notwendig ist, noch nicht ab. Angesichts der angespannten öffentlichen Haushalte bestehen jedoch Zielkonflikte. Eine Überprüfung führt keineswegs automatisch zu höheren Leistungen: Für 2026 ergab die Fortschreibungsrechnung des

Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) rechnerisch sogar einen niedrigeren Wert; die Leistungen bleiben jedoch aufgrund des gesetzlichen Besitzschutzes unverändert.¹⁵ Zugleich sollte berücksichtigt werden, dass materielle Benachteiligung längerfristige soziale und gesundheitliche Folgekosten nach sich ziehen kann. Wird das soziokulturelle Existenzminimum regelmäßig an die tatsächlichen Lebensbedingungen angepasst, kann dies dazu beitragen, solche Folgekosten zu begrenzen.

¹⁵ BMAS (2026): Infoblatt Fortschreibung der Regelbedarfe zum 1. Januar 2026 (online verfügbar).

Jürgen Schupp ist DIW Honorary Fellow im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | jschupp@diw.de

Sabine Zinn ist Direktorin im Geschäftsbereich der forschungsbasierten Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin | szinn@diw.de

JEL: C23, C83, D31, J62, I38

Keywords: SOEP, income expectation, income aspiration

© Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 42–44/2026:

www.diw.de/diw_weekly



INTERVIEW



Sabine Zinn, Direktorin im Geschäftsbereich der forschungs-basierten Infrastruktureinrichtung Sozio-ökonomisches Panel (SOEP) im DIW Berlin

„Bei arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden bleibt die subjektive Einkommenslücke dauerhaft hoch“

1. **Frau Zinn, Sie haben die Entwicklung von tatsächlichem und subjektiv notwendigem Einkommen in Deutschland untersucht. Wie hat sich beides in Ihrem Beobachtungszeitraum entwickelt?** Wir haben uns dazu den Zeitraum von 2002 bis 2022 angeschaut. Das zentrale Ergebnis ist, dass das tatsächliche Einkommen viel stärker gestiegen ist als das, was die Menschen für notwendig erachten. Im Jahr 2002 lag das tatsächliche Monatseinkommen durchschnittlich bei rund 1470 Euro und das als notwendig erachtete bei circa 1190 Euro. 20 Jahre später lag das tatsächliche Einkommen bei durchschnittlich rund 2460 Euro. Das Einkommen, das die Menschen als subjektiv notwendig erachtet haben, lag etwa bei 1660 Euro. Das tatsächliche Einkommen ist also in 20 Jahren nominal um circa 67 Prozent gestiegen, aber das subjektiv notwendig erachtete Einkommen nur um 39 Prozent.
2. **Bei wie vielen Menschen liegt das tatsächliche Einkommen unter dem subjektiv als notwendig betrachteten Einkommen?** Hier sehen wir insgesamt eine positive Entwicklung. Im Jahr 2002 gaben noch gut 28 Prozent der Menschen an, dass ihr tatsächliches Einkommen unter dem liegt, was sie selbst als notwendig erachten. Im Jahr 2022 waren das nur noch knapp 20 Prozent. Das bedeutet, der Anteil der Menschen, die nach ihrer eigenen Vorstellung nicht über ausreichend Einkommen verfügen, ist innerhalb von 20 Jahren um rund acht Prozentpunkte gesunken. Allerdings bleibt damit noch immer etwa jeder fünfte Erwachsene unter dieser Schwelle. Dass dieser Anteil insgesamt zurückgegangen ist, bedeutet jedoch nicht, dass sich die Situation aller Menschen mit einem solch niedrigen Einkommen verbessert hat.
3. **Inwieweit unterscheiden sich Ihre Ergebnisse, wenn man nach Geschlecht und regionaler Herkunft unterscheidet?** Die Vorstellung darüber, welches Einkommen zum Leben notwendig ist, hat sich zwischen Männern und Frauen sowie zwischen Ost- und Westdeutschland stark angenähert. Bei den tatsächlichen Einkommen besteht dagegen weiterhin ein großer Unterschied. Einen deutlichen Unterschied bei

den tatsächlichen Einkommen finden wir auch in Ost- und Westdeutschland. Allerdings stellen wir fest, dass das subjektiv notwendige Einkommen bei Ost- und Westdeutschen mittlerweile nahezu gleich ist.

4. **Welche Bevölkerungsgruppen stehen bezüglich Einkommen und Armutsrisiko besonders schlecht da?** Erwartungsgemäß ist die Situation von Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, besonders schlecht. Im Jahr 2022 geben rund 74 Prozent der Menschen, die arbeitslos sind und Sozialleistungen beziehen, an, dass ihr tatsächliches Einkommen unter dem liegt, was sie selbst für notwendig erachten. Bei Erwerbstätigen im gleichen unteren Einkommensviertel waren es dagegen nur 48 Prozent. Das zeigt, dass sich die Situation der arbeitslosen Sozialleistungsbeziehenden für den betrachteten Zeitraum kaum verbessert hat. Bei den Erwerbstätigen mit niedrigem Einkommen beobachten wir dagegen seit 2012 eine deutliche Verbesserung.
5. **Was bedeuten Ihre Ergebnisse für politische Entscheidungen, insbesondere im Hinblick auf Sozialleistungen und Grundsicherung?** Wir sollten bei der Bemessung sozialstaatlicher Leistungen nicht nur auf die bisherigen Grundlagen der Bedarfsmessung schauen, sondern auch berücksichtigen, wie die Betroffenen selbst ihre materielle Situation einschätzen. Das ist ein wichtiger Befund, weil wir eine aktuelle Diskussion über die Höhe der Grundsicherung haben. Subjektive Angaben wie die, die wir genutzt haben, können helfen, mögliche Versorgungslücken zu erkennen, die in den rein statistischen Bedarfsberechnungen nicht vollständig sichtbar werden.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

SOEP Papers Nr. 1241

2026 | Laszlo Goerke, Markus M. Grabka, Viola Hilbert, Yue Huang



Industrial Relations and Working from Home in Germany during the COVID-19 Pandemic

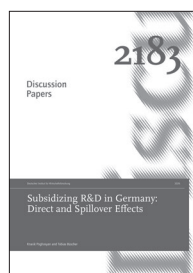
We investigate the role of industrial relations for working from home during and after the COVID-19 pandemic in Germany. Using data from the German Socio-Economic Panel (SOEP) for the years 2020 to 2023 and a special COVID sample (SOEP-CoV) for 2020 and 2021, we examine how collective bargaining and plant-level co-determination are associated with the incidence and frequency of working from home. Controlling for worker, firm, occupation, and industry characteristics, we find that employees covered by a collective bargaining agreement are less likely to work from home and do so less frequently than uncovered employees. In contrast, the incidence and frequency of working from home are positively associated with the presence of a works council.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2183

2026 | Knarik Poghosyan, Tobias Büscher



Subsidizing R&D in Germany: Direct and Spillover Effects

This study estimates the effects of research and development (R&D) funding on firm performance and innovation activity in Germany for the period of 2000 to 2020. Since R&D collaborations between funded and non-funded firms can lead to positive externalities, our study accounts not only for the direct effects of the policy on funded firms but also for indirect (spillover) effects on non-funded firms. We use multiple databases (DAFNE, PATSTAT, Förderkatalog) and conduct empirical estimations on both firm and cluster levels. Our findings suggest that, in general, R&D funding has a positive impact on both funded and non-funded firms, which varies with the share of funded firms in the cluster. Interestingly,

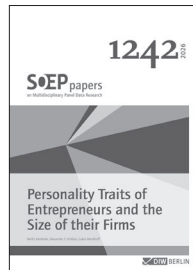
the indirect impact on innovation is larger than the direct impact. The latter finding points out the advantages of this broad type of R&D funding (no sectoral or regional concentration) in enforcing innovation spillovers, but also highlights its limitation in generating stronger direct effects.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1242

2026 | Berfin Kardaslar, Alexander S. Kritikos, Lukas Menkhoff



Personality Traits of Entrepreneurs and the Size of their Firms

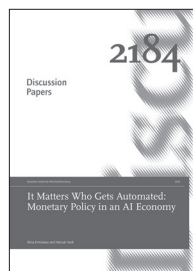
In this study, we examine the relationship between personality traits, captured by risk tolerance and the Big Five traits, and firm size, as measured by the number of employees. We show that the personality of entrepreneurs matters for the size of their firm they operate. We use a novel add-on to the German Socio-Economic Panel that includes a sub-sample of owner-managers running larger firms. High levels of risk tolerance – associated with an increased likelihood of firm exit in existing research – is positively associated with firm size for entrepreneurs in the market. High scores in extraversion are also associated with larger firms. However, a high level of openness for experience, a main driver of founding ventures, is negatively related to firm size. Overall, we show that running larger firms is associated with traits that are partially different from those that increase the likelihood of entrepreneurial entry or survival.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2184

2026 | Alina Ermolaeva, Hannah Magdalena Seidl



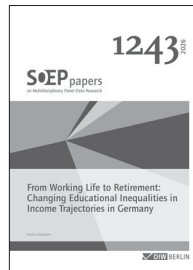
It Matters Who Gets Automated: Monetary Policy in an AI Economy

Does artificial intelligence (AI) change the transmission of monetary policy? We develop a two-sector heterogeneous-agent New Keynesian model with task-based production, in which AI automates part of the work in one exposed sector and leaves the other shielded. In the AI steady state, the economy holds more capital, and labor income shifts from the exposed workers, who lose through hours, to the shielded workers, who gain through higher wages. We then compare the same rate cut across the two economies. It stimulates macroeconomic aggregates more in the AI economy. The deeper capital stock delivers a larger initial stimulus. Investment responds as strongly as without AI, but on a permanently larger base, so the same response means more demand. Machines absorb part of the exposed sector's share of that demand. The shielded sector's share becomes labor income, which is spent in turn. It matters who gets automated: the amplification of monetary policy in an AI economy runs through the workers AI does not replace.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 1243
2026 | Jessica Ordemann



From Working Life to Retirement: Changing Educational Inequalities in Income Trajectories in Germany

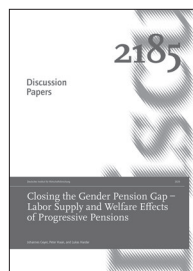
Previous literature has mainly focused on either income trajectories of higher education graduates in working life or in retirement. This paper advances this literature by investigating the inequalities of income trajectories at the transition into retirement and compare the trajectories to other educational graduates for the case of Germany. While cumulative advantage theory suggests that education-based income inequalities widen throughout working life, the institutional design of the German pension system fundamentally alters these trajectories. Using data from 1,741 (11,740 observations) baby boomers from the

German Socio-Economic Panel Study (SOEP) I combine descriptive income trajectories with fixed effects regression and replacement rate analysis. I find a stratified pattern by educational degree in pre- and post-retirement income. However, income inequality by education degree is more pronounced during work life than in retirement: At the transition into retirement income differences are compressed relative to pre-retirement disparities. This compression operates through heterogeneous replacement rates. Higher educated individuals have lower replacement rates than the rest of the educational groups. Germany's contribution-capped statutory pension system therefore constitutes a structurally induced erosion of the income advantage that higher education generates over a working lifetime.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 2185
2026 | Johannes Geyer, Peter Haan, Lukas Harder



Closing the Gender Pension Gap – Labor Supply and Welfare Effects of Progressive Pensions

Progressive pension supplements mechanically reduce the gender pension gap because women receive lower pensions on average. However, labor supply responses may offset these gains and create fiscal externalities. Using German administrative data, we analyze the distributional and welfare effects of a progressive pension supplement. We find no labor supply responses during working life, but small effects on women's employment and earnings in retirement. The supplement reduces the gender income gap by about two percent, with sizable heterogeneity across pension levels. The marginal value of public funds

is 0.83. Means-testing based on household income improves welfare even with low redistributive preferences.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



MARCEL FRATZSCHER



Teures Leben, verlorenes Vertrauen

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Frankreich brennt. Was Anfang Oktober als Schülerprotest gegen marode Schulen begann, ist kürzlich zu landesweiten Massenprotesten gegen die explodierenden Lebenshaltungskosten geworden. Ist das auch bei uns denkbar? Fakt ist: Wer glaubt, die Wut vieler junger Menschen in Frankreich habe mit Deutschland nichts zu tun, der irrt. Denn auch hierzulande gelten die steigenden Lebenshaltungskosten seit Jahren als eines der beiden wichtigsten Probleme, wie Umfragen regelmäßig ergeben.

Die meisten Menschen in Deutschland haben heute zwar einen deutlich höheren materiellen Lebensstandard als vor 20 Jahren. Die realen Haushaltseinkommen lagen 2021 im Schnitt um 35 Prozent über dem Niveau von 1995. Doch die Verbesserungen sind extrem ungleich verteilt: Das reichste Zehntel der Bevölkerung legte real um 58 Prozent zu, das ärmste Zehntel hatte 2021 real kein höheres Einkommen als 1995.

Über die letzten fünf Jahre ist der Lebensstandard für viele Menschen kaum oder gar nicht gestiegen, für manche ist er gesunken. Die Preise befinden sich heute gut ein Viertel über dem Niveau von 2020, die Reallöhne lagen 2025 aber noch immer unter denen von 2019. Die Inflation war und bleibt höchst unsozial. Sie trifft die verletzlichsten Gruppen unserer Gesellschaft viel stärker als andere, etwa Familien mit geringen Einkommen oder Bezieher*innen von Sozialhilfe. Rentner*innen mit geringen Einkommen geben inzwischen fast ein Drittel ihrer Konsumausgaben allein für Lebensmittel und Energie aus, hinzu kommt das Wohnen. Fast jede fünfte Person über 65 Jahren ist armutsgefährdet. Und dann ist da das Wohnen, die wichtigste soziale Frage unserer Zeit. Jeder dritte Mieterhaushalt ist mittlerweile mit seinen Wohnkosten überfordert. Umziehen, etwa für Ausbildung oder Job, können sich viele nicht leisten, weil das Angebot so gering ist – die Kosten sind teils exorbitant gestiegen.

Vier Gründe sorgen dafür, dass die Unzufriedenheit mit diesen Entwicklungen anhaltend hoch ist: Erstens sinken die Preise nicht wieder, sie bleiben auf hohem Niveau. Und gestiegen sind

nicht die Preise für Luxusgüter, sondern vor allem für Lebensmittel und Energie. Zweitens erleben viele Menschen sechs Jahre ohne Wohlstandsgewinn. Drittens machen sich viele Menschen Zukunftsorgen darüber, dass die Löhne nicht im selben Maße steigen wie die Preise, sie vielleicht ihren Arbeitsplatz verlieren und die Wirtschaft 2026 kaum noch wächst. Wer Angst hat, spart und konsumiert weniger – und schwächt damit die Wirtschaft zusätzlich. Viertens, und das wird oft übersehen: Die Ungleichheit bei den privaten Ersparnissen ist extrem. Knapp ein Drittel der Menschen lebt in Haushalten, die eine unerwartete höhere Ausgabe nicht aus eigenen Mitteln stemmen können.

Was sollte die Politik tun, um Abhilfe zu schaffen? Die Leistungen für Familien und Kinder sowie für Menschen in der Grundversorgung müssen erhöht werden. Und wenn der Staat schon Steuern senkt, dann doch bitte die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel im Supermarkt, nicht die Steuern an der Tankstelle. Zudem brauchen wir eine Energiepreispauschale wie 2022, diesmal aber nur für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen, und ein sozial gestaffeltes Klimageld.

Bezahlbarkeit ist eine Frage der Demokratie und nicht nur des Lebensstandards. Wir treiben immer mehr Menschen zu politisch extremen und häufig schädlichen Positionen, wenn die Grundversorgung deutlich teurer wird – auch, weil einige Unternehmen eine enorme Marktmacht aufbauen, die ihnen stark steigende Gewinne beschert. Auch deshalb ist eine Übergewinnsteuer (wenn sie umgesetzt werden kann) und eine stärkere Besteuerung großer Vermögen notwendig. Vorsicht geboten ist jedoch bei Preiskontrollen, wie sie von manchen gefordert werden. Deutlich effektiver ist es, Missbrauch zu verhindern und Menschen mit geringen Einkommen direkt mit Transfers zu unterstützen.

Dieser Kommentar ist in einer längeren Version am 23. Oktober 2026 online bei Die ZEIT erschienen.

© © Der Artikel ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>